

Die Erklärungen Orlandos gegen die Friedensbedingungen von Brest-Litowsk.

Zürich, 1. Januar.

Die Geheimsitzen des italienischen Senats hatten, wie aus öffentlichen Erklärungen einzelner Teilnehmer hervorgeht, die militärische und diplomatische Lage, letztere in Beziehung zu den Brest-Litowsker Friedensverhandlungen, zum Gegenstand. Die gestrige öffentliche Sitzung begann der Präsident mit der Verlesung eines Briefes des Senators Tittoni, in dem er von seinem Unwohlsein Mitteilung macht und erklärt, daß er auf seine Interpellation verzichtet. Er fügt hinzu, daß es seine Absicht sei, am Erfolg des nationalen Widerstandes, wie ihn die Regierung wolle, mitzuarbeiten.

Nachdem von einem Senator, einem Bürger Paduas, und vom Senatspräsidenten sowie dem Ministerpräsidenten durch die Erwähnung der sogenannten barbarischen Angriffe auf Padua und des militärischen Erfolges am Monte Tomba die nötige Stimmung hervorgerufen worden war, erhielt zunächst der Senator Wolleberg das Wort, der die Unzulänglichkeit der Brothornversorgung und die übermäßigen Finanzlasten, die in einigen Monaten einen öffentlichen Schuldenstand von sechzig Milliarden erreichen würden, behandelte und die Regierung um Auskunft ersuchte, wie sie dem abzuhelpen, beziehungsweise die Bestreitung des Zinsendienstes und der anderen etwa 4 1/2 Milliarden jährlich betragenden neuen Verbindlichkeiten des Staatshaushaltes zu ermöglichen gedenke.

Finanzminister Meda versicherte, daß die gegenwärtige Besteuerung die Mittel zur Zinsbedeckung auch für die neu ausgeschriebene Kriegsanleihe biete, daß aber die Steuer-schraube noch stärker angezogen und auch für den Ersatz der mit Kriegsende ausfallenden Einkünfte beizuteil vorgezogen werden soll.

Nutritionminister Dall'Olio versicherte, daß vieles, was die industrielle Mobilisierung für Kriegszwecke hervorgebracht habe, sich behaupten und Italien in Friedenszeiten einen industriellen Vorsprung geben und große Entfaltung ermöglichen werde.

Der Generalkommissär für das Ernährungswesen, Crespi, erklärte, daß er heute günstigere Nachrichten als vor zehn Tagen zu geben vermöge, insofern als Brothorn auch für den Februar und für die kommenden Monate aus Amerika auf Dampfern sowie zu Lande auf Eisenbahnen nach Italien unterwegs sei. Ferner habe Nordamerika einen Teil seiner Ernte zur Verfügung der Verbündeten gestellt und Argentinien mit den Verbündeten Kornlieferungsverträge abgeschlossen. Jedenfalls werde Schatzminister Ritti, der eigens nach Paris gefahren sei, sich bei den Verbündeten nachdrücklich dafür einsetzen, daß Italien auch eine wenigstens kleine Reserve an Nahrungsmitteln gewährt werde.

Nachdem noch mehrere Senatoren politische und technische Fragen sekundärer Natur besprochen hatten, ergriff Ministerpräsident Orlando das Wort, um sich in längerer Rede mit den Wünschen und Einwänden der Redner zu beschäftigen. Im besonderen stellte er ein strenges Vorgehen gegen alle Störer der inneren Widerstandsdisziplin in Aussicht. Was die besetzten Gebiete Venetiens betrifft, werde der italienische Staat selbstverständlich Maßnahmen zugunsten der betroffenen Bevölkerung ergreifen. Bezugsnehmend auf seine Erklärungen in den Geheimsitzen führte Orlando folgendes aus: Das italienische Heer bildet den rechten Flügel des einheitlichen Heeres der Verbündeten. Der Wert des militärischen Bestandes der Verbündeten verdient Anerkennung. Italien gedenkt, seinen Verpflichtungen treu zu bleiben und zur Herstellung des einheitlichen Willens der Verbündeten, alle ihre Mittel zur Herbeiführung des Sieges zusammenzutragen, das seinige zu tun. Die Verhandlungen zwischen den Bolschewiki und dem Vierbund erheischen seitens Italiens delikateste Behandlung mit allen Vorbehalten, weil die Verbündeten sich

diesbezüglich erst noch verständigen müßten. Der Ministerpräsident seinerseits glaube an ein Mandat der Zentralmächte, das dazu bestimmt sei, die Stimmung ihrer Völker auf der Höhe zu erhalten, hingegen jene ihrer Gegner niederzudrücken und zu verderben. Die Zentralmächte wollen als die Paladine des Friedens erscheinen und glauben machen, daß die Hartnäckigkeit der Entente das Zustandekommen des Friedens hindere. Die Entente aber wolle den Frieden, ja die Entente allein sei es, die den Frieden zum Ziel habe, denn sie wolle ihn aufrichtig, und zwar einen gerechten, ehrenvollen und dauernden Frieden, gegründet auf klare und loyale Vereinbarungen. Die Friedensaufforderung der Zentralmächte geschehe in seltsamer Form, indem sie Italien in Verhandlungen hineinzuziehen suchen, die sich zwischen den Zentralmächten und einer Regierung abspielen, die von der Entente nicht anerkannt sei und nicht anerkannt werden könne, so lange die Konstituante nicht zusammengetreten sei und ihre Macht von ansehnlichen Teilen des russischen Staates selbst geleugnet werde.

Sachlich wolle der Ministerpräsident nur drei Punkte behandeln, nämlich die Wiederherstellung der Länder, die durch den Krieg ihre Unabhängigkeit verloren haben, Rückgabe der besetzten Territorien, beziehungsweise Verzicht auf Annexionen, und das Regime jener Völker, die nur widerstrebend ihrem Staatswesen angehören. In letzterem Punkt seien selbst die Bolschewiki nicht mit den Vorschlägen der Zentralmächte einverstanden. Die Zentralmächte nähmen da besonders hinsichtlich der italienischen und der französischen Aspirationen einen einfach verneinenden Standpunkt ein. Aber die von ihnen begehrte einfache Annahme des Statusquo wäre nach einem so furchtbaren Blutbad eine tiefe Beleidigung der Menschheit. In betreff des Zugeständnisses der politischen Unabhängigkeit für jene Staaten, die sie verloren haben, sei darauf hinzuweisen, daß zweideutige Worte gebraucht worden seien, indem die wirtschaftliche Unabhängigkeit und Unversehrtheit jener Staaten nicht gleichfalls gewährleistet werden. Bezüglich der Frage der Annexionen sei es nicht ausgeschlossen, daß die Mittelmächte solche begehrten, wenn sie nicht gewaltig geschehen, und wenn sie sich in dieser Hinsicht auf erpreßte Willensäußerungen der Völker in den besetzten Gebieten zu stützen vermöchten. Alles in allem sei die Annahme berechtigt, daß auch diesmal kein aufrichtiges Streben nach dem Frieden, sondern vielmehr eine neue Form einer hinterhältigen Offensive vorliege, um eine Spaltung unter den kriegführenden Völkern herbeizuführen und ihren Geist zu vergiften. Der Friede sei eine große heilige Sache, aber die Entente könne nicht einen Frieden wollen, der nichts gibt und alles beansprucht. Aus Friedensliebe protestiere er sonach gegen den Versuch, aus der Friedensidee ein hinterlistiges Kriegsmittel zu machen. (Beifall.)

Der Senat nahm schließlich des Budgetprovisorium an und vertagte sich hierauf.